

3
75

Union in Deutschland

Bonn, den 16. Januar 1975

Geschlossen und kampfbereit

Die bevorstehenden Landtagswahlen sehen die Union in guter Verfassung: „Die Partei ist geschlossen und kampfbereit wie nie zuvor“, stellte Helmut Kohl auf der ersten Sitzung des Präsidiums im neuen Jahr fest. In allen Wahlen des Jahres 1975 habe die Union „als die Partei der Mitte“ die Chance, ihre führende Rolle auszubauen.

Für die Innenpolitik haben „die Eindämmung der Arbeitslosigkeit und die Wiedergewinnung der Stabilität absoluten Vorrang“. Dabei könnten Bundeskanzler und Koalitionsparteien nicht aus ihrer Verantwortung für die Entwicklung entlassen werden. Kohl unterstrich, daß die Opposition die Entwürfe der Bundesregierung zur Mitbestimmung und zum Hochschulrahmengesetz in den vorliegenden Fassungen ablehnen werde.

Zu den Beschlüssen der FDP sagte der CDU-Vorsitzende, hier handele es sich „um eine Entscheidung, die das Ziel der Union, die Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinnen, nicht berührt“. Er nannte es bezeichnend, daß die Mainzer Einlassung der FDP an einem Ort und unter Bedingungen erfolgt sei, „wo sie nichts kostet“. In Niedersachsen und Hessen, wo die FDP Flagge hätte zeigen können, habe sie die stärkste Partei an der Regierungsübernahme gehindert.

■ BUNDESBahn

Den Schülerverkehr haben die Fahrpreiserhöhungen am härtesten getroffen. Seite 4

■ WOHNUNGSBAU

Sofortmaßnahmen für die Anpassung des Wohnungsbaus an die Wirtschaftslage hat die CDU in einem Katalog vorgeschlagen. Seite 5—6

■ LOHNPOLITIK

Parteivorsitzender Helmut Kohl ruft zu einer Aktion „Solidarität in der Lohnpolitik“ auf. Seite 7

■ KOMMUNAL- POLITIK

Das neue kommunale Grundsatzzprogramm der SPD erweist sich als ein gefährliches Instrument zur mehr oder weniger getarnten Durchsetzung eindeutig marxistischer Zielvorstellungen.

Dokumentation

■ SICHERHEIT

Einen sicherheitspolitischen Kongreß mit fast 600 Teilnehmern aus dem In- und Ausland veranstaltete die CDU in Koblenz.

Seite 11—12

■ INFORMATIONEN

Jetzt 530 500 Mitglieder

Der Aufwärtstrend in der Mitgliederentwicklung der CDU hält unvermindert an. Im Jahre 1974 erhöhte sich die Mitgliederzahl real um 73 107 Personen. Zum 31. 12. 1974 erreichte die Mitgliederzahl der CDU insgesamt 530 500. Allein im letzten Monat des vergangenen Jahres lag der reale Zuwachs bei 7 667 neuen Mitgliedern.

Marx: Eigene Atomkraftwerke am Atlantik

Die Absicht der Bundesregierung, auf sowjetischem Boden in der Nähe von Königsberg ein in der Bundesrepublik gebautes Atomkraftwerk zu errichten, hat die Unionsfraktion im Bundestag zum Anlaß genommen, ihrerseits zu fordern, daß die westeuropäischen Staaten zur Sicherung ihrer Energieversorgung auf eigenem Territorium entsprechende Werke bauen sollen. Die Bundesregierung solle mit ihren Verbündeten in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft nach Wegen zur Sicherung der eigenen Energieversorgung suchen.

Mittelstandsfeindliche Politik

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Koalition habe den Mittelstand unsicher gemacht, erklärte der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Egon Lampersbach. Er bewertete die von der Regierung beschlossenen Konjunkturmaßnahmen als nicht mittelstandsgerecht. Es bestehe die Gefahr, daß Milliarden von Steuergebern ohne entsprechende konjunkturpolitische Auswirkungen ausgegeben würden. Zur Wiederbelebung der Investitionen und zur Verbesserung der

Eigenkapitalbasis im mittelständischen Bereich hat Lampersbach unter anderem einen Abbau der zusätzlichen Vermögensteuerbelastung von 1975 an, die Einführung eines Verlustrücktrags und eine Verbesserung bestimmter Abschreibungsmodalitäten vorgeschlagen.

Gefährliches Gedächtnis

Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorlegen müssen DDR-Rentner, die noch nicht drei Jahre im Ruhestand leben und in die Bundesrepublik reisen wollen. Der letzte Arbeitgeber muß darin bestätigen, daß der Rentner keine Geheimnisse mehr wissen kann.

Sozialleistungen steigen schneller als Löhne und Preise

Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik wachsen schneller als Löhne und Preise. Sie wachsen auch rascher als das gesamte Sozialprodukt. Nach dem Sozialbudget, das vom Kabinett in Bonn beschlossen wurde, steigen die Jahresausgaben für soziale Zwecke zwischen 1973 und 1978 von 250 auf 430 Milliarden Mark. Der Umfang des Sozialbudgets erstreckt sich nicht nur auf die klassischen Leistungen der Sozialversicherung, Versorgung und Sozialhilfe, sondern auch auf die betrieblichen Leistungen und darüber hinaus auf die indirekten Hilfen in Form von steuerlichen Begünstigungen für Arbeitnehmer.

Bundesrepublik Schlußlicht in Europa

Den höchsten Preisanstieg seit 23 Jahren und zugleich das schwächste Wirtschaftswachstum seit 1967 erlebte nach Feststellungen des Statistischen Bundesamtes die Bundesrepublik 1974. Das Bruttosozialprodukt, also die wirtschaft-

liche gesamte Leistung unseres Landes, nahm im Jahr 1974 lediglich um real 0,4% zu. Der Weg in die Stagnation läßt sich verdeutlichen, wenn folgende Vergleichszahlen herangezogen werden:

1. Halbjahr 1973 real	+ 6,0 %
2. Halbjahr 1973 real	+ 4,5 %
1. Halbjahr 1974 real	+ 1,5 %
2. Halbjahr 1974 real	+ 0,5 %

Und wie sieht es im Ausland aus für 1974: reale Zunahme 1974

Großbritannien	+ 1,0 %
Dänemark	+ 3,0 %
Italien	+ 3,5 %
Niederlande	+ 3,5 %
Belgien	+ 3,5 %
Irland	+ 3,5 %
Frankreich	+ 4,5 %

Die Bundesrepublik Deutschland liegt also am Ende der Skala des realen Wachstums — unter EG-Durchschnitt. Deutlicher läßt sich der Abstieg in die Stagnation dank der Politik der SPD/FDP-Koalition nicht verdeutlichen.

Schüler-Union gegen unkontrollierte Experimente

Das wissenschaftlich nicht oder nur ungenügend kontrollierte Experimentieren mit neuen Schulformen müsse ein Ende haben; begonnene Schulversuche sollten mit den Versuchen in anderen Bundesländern verglichen und erst nach einem Austausch der Ergebnisse bewertet werden. Das hat der Landesdelegiertentag der Schüler-Union Niedersachsens, dem jetzt tausend Mitglieder angehören, von der SPD/FDP-Landesregierung in Hannover gefordert. Der Bundessprecher der Schüler-Union, von Bülow, kritisierte in diesem Zusammenhang die einseitige Festlegung, vor allem der Sozialdemokraten, auf die integrierte Gesamtschule.

STICHWORTE

Zwei Drittel aller

registrierten Linksradikalen in NRW sind im Kultusbereich tätig, davon abermals zwei Drittel im Hause des Kultusministers Girgensohn selbst.

Mit wesentlich

geringeren Lohn- und Gehaltserhöhungen für 1975 erklärten sich 74 % der Arbeitnehmer einverstanden. Zugunsten der Erhaltung des Arbeitsplatzes ganz auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verzichten, sind 61 Prozent bereit.

Die 18 Bonner

Ministerien leisten sich 149 Beiräte, Kommissionen und Arbeitskreise mit 2 500 honorierten Beratern. Z. B. „Deutsche Pappelkommission“ im Hause Ertl.

Im April

wird der Guillaume-Prozess vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet werden.

Den stärksten

Gewinnrückgang seit dem Krieg mit 26 % haben Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft 1974 zu verzeichnen. Arbeitnehmereinkommen stiegen dagegen um 11 %.

Im Falle

einer FDP/CDU-Koalition auf Bundesebene würden sich die Judos in der FDP „nicht mehr zu Hause“ fühlen, erklärte Bundesvorsitzender Schiller.

Schärfere Meldepflicht

für den Verkauf von Aktien ins Ausland, besonders bei größeren Blockverkäufen in bestimmten Unternehmen, soll nach Ansicht der CDU eingeführt werden.

■ BUNDESBAHN

Tariferhöhung trifft Nahverkehr am stärksten

Der internationale Vergleich ergibt, daß die Fahrpreiserhöhungen der Bundesbahn am höchsten sind. Ausgerechnet der Schülerverkehr und der Berufsverkehr haben unter der Tarifierhebung am meisten zu leiden.

Staatliche und staatlich-beeinflußte Unternehmen haben mit angekündigten Preissteigerungen den Bundesbürgern die ersten unangenehmen Überraschungen des Jahres 1975 beschert. Die Bundesbahn hat bei den Personenverkehrstarifen einmal mehr besonders drastisch zugegriffen. Bemerkenswert dabei ist, daß bei einer durchschnittlichen Tarifierhebung von 8,9 % die Tarife im Berufsverkehr um 10,5 % und die Tarife im Schülerverkehr gar um 19,7 % angehoben werden sollen. So sieht in der Praxis das Versprechen der Bundesregierung aus, den öffentlichen Personennahverkehr attraktiv zu machen.

In den Jahren 1960 bis 1970 — also den Jahren einer CDU/CSU-Bundesregierung — wurden die Personenverkehrstarife der Bahn insgesamt nur dreimal erhöht, nämlich am 1. November 1960, am 1. Januar 1963 und am 1. März 1966. Seit 1971 gab es dann eine wahre Eskalation von Tarifierhöhungen im Personenverkehr der deutschen Bundesbahn: nämlich am 1. März 1971 um

durchschnittlich 15,6 %, am 15. Januar 1972 um durchschnittlich 9,9 %, am 28. Januar 1973 um durchschnittlich 10,1 % am 1. März 1974 um durchschnittlich 6,7 % und jetzt am 16. Februar 1975 um durchschnittlich 8,9 %.

Trotz dieser laufenden Preissteigerungen, die jedem sogenannten kapitalistischen Unternehmen alle Ehre gemacht hätten, ging es mit dem Unternehmen Bundesbahn weiter rapide bergab. Das Defizit stieg von 1970 = 1,25 Mrd. DM auf 1974 = 3,25 Mrd. DM, die Verschuldung von 1970 = 14 Mrd. DM auf 1974 = 20,3 Mrd. DM, der Steuerzahler mußte 1970 für dieses Unternehmen 3,9 Mrd. DM aufbringen, 1974 jedoch rund 10 Mrd. DM.

Zurück zu den Fahrpreisen: Hinter den durchschnittlichen Tarifierhebungen der Bahn im Personenverkehr seit 1971 verbirgt sich die Tatsache, daß es der Schülerverkehr in der Regel besonders hart getroffen hat, nämlich mit 10 % (15. 1. 1972), 13,8 % (28. 1. 1973), 14,6 % (1. 4. 1974), 19,7 % (16. 2. 1975). Diese Zahlen sprechen für sich. Im Berufsverkehr lagen die Preiserhöhungen mal oberhalb, mal unterhalb des Durchschnitts.

Ein Blick auf die Eisenbahnunternehmen unserer Nachbarn zeigt folgendes: In der Schweiz wurden die Fahrpreise seit 1970 lediglich zweimal erhöht, in der Größenordnung von 10 bis 12 %. Die französische Eisenbahn erhöhte die Fahrpreise ebenfalls fünfmal, wie die Bundesbahn, aber die Preissteigerungen fielen jeweils wesentlich niedriger aus (4,5 %, 5,12 %, 5,0 %, 5,12 %, 7,6 %). Die Eisenbahnen der Niederlande und Dänemarks erhöhten ihre Fahrpreise seit 1970 je viermal, wobei die Preissteigerungen ebenfalls unter denen der Bundesbahn lagen.

BAUWIRTSCHAFT UND MIETEN

Die Wohnungshalden breiten Schichten zugänglich machen

In der Wohnungspolitik zeichnet sich eine grundlegende Wende ab. Die Bundesregierung steht der seit langem erkennbaren Krisensituation hilflos gegenüber. Die vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau angekündigte Gesamtkonzeption für den Wohnungsbau steht noch immer aus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb eine Große Anfrage im Bundestag eingebracht. Der Bundesausschuß Strukturpolitik der Partei legte einen Katalog „notwendige Sofortmaßnahmen“ vor; sie fanden weitgehend Eingang in die Große Anfrage der Bundestagsfraktion.

In der Begründung der Großen Anfrage heißt es:

Nach den Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes waren Ende 1973 rd. 22 640 000 Wohnungen vorhanden. Dem standen rd. 22 500 000 Haushalte gegenüber. Für das Jahr 1974 ist noch einmal mit der Fertigstellung von über 600 000 Wohnungen zu rechnen. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen wird auf 200 000 bis 300 000 geschätzt.

Damit ist rein zahlenmäßig ein annähernder Ausgleich zwischen Wohnungen und Haushalten erreicht. Dabei bleibt allerdings offen, wieviele Zweitwohnungen darunter fallen und wieviele Wohnungen den Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nicht genügen. Vor allem aber besagt der zahl-

lenmäßige Vergleich nicht, daß in der Bundesrepublik kein Wohnungsmangel mehr vorhanden ist. Denn die Verhältnisse können gebietsmäßig sehr verschieden sein.

Selbst in den Gebieten mit leerstehenden Wohnungen kann ein erheblicher Wohnungsbedarf für bestimmte Bevölkerungsgruppen bestehen, die die Mieten oder Lasten für die leerstehenden Wohnungen nicht aufbringen können, insbesondere für alte Menschen, für kinderreiche Familien und junge Ehepaare. Insoweit fehlt es an einem ausreichenden Angebot von preisgünstigen Sozialwohnungen.

Die starken Baukosten- und Kapitalkostensteigerungen der letzten Zeit haben nicht nur zu einer drastischen Verringerung der Zahl der geförderten Sozialwohnungen, sondern auch zu einer wohnungs- und sozialpolitisch schon lange nicht mehr vertretbaren Steigerung der Mieten und Belastungen bei den neu gebauten Sozialwohnungen geführt.

Verschärft wird diese Problemlage noch durch die degressiven Subventionsmethoden, die in immer größerem Umfang nicht mehr zu vertretende Mietsprünge auslösen. Das Wohngeld erfüllt immer weniger seine Funktion, angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu sichern.

Auch das weitere Ziel des sozialen Wohnungsbaues, in breiten Kreisen der

Bevölkerung die Eigentumsbildung im Wohnungsbau zu fördern, ist gefährdet. Besonders die einkommensschwächeren Bewerber sind infolge der hohen Bau- und Kapitalkosten nicht mehr in der Lage, Eigenheime oder Eigentumswohnungen zu erwerben.

Die durch die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgelöste Krise hat die gesamte Bau- und Wohnungswirtschaft erfaßt. Das in den leerstehenden Wohnungen gebundene Fremdkapital wird auf 30 bis 40 Milliarden DM, bei einem jährlichen Zinsverlust von über vier Milliarden DM, geschätzt. Allein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind in der Bauwirtschaft 914 Zusammenbrüche zu verzeichnen; mit einer Zunahme von 85% ist dies die höchste Steigerungsrate aller Branchen.

Leerwohnungen für den sozialen Wohnungsbau

Der Schrumpfungsprozeß in der Bau- und Wohnungswirtschaft hat besorgniserweckende Ausmaße angenommen. Die Talfahrt in der Bauwirtschaft wird immer schneller. Diese Entwicklung läßt befürchten, daß auf längere Sicht insbesondere qualifizierte Facharbeiter in andere Wirtschaftszweige abwandern und eines Tages im Bausektor fehlen werden, wenn sich die Verhältnisse wieder einigermaßen normalisiert haben.

Bei den Wohnungshalden stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, in diesen Gebieten den Neubau von Sozialwohnungen noch weiter zu fördern, wenn die leerstehenden Wohnungen mit einem ungleich geringeren Aufwand an öffentlichen Mitteln für den sozialen Wohnungsbau umgewidmet oder auf andere geeignete Weise, insbesondere durch steuerliche Maßnahmen, den breiten

Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden könnten.

Es kann bei den Wohnungshalden nicht darum gehen, daß der Staat Fehlsubventionen der Bauherren mit Mitteln der Steuerzahler ausgleicht, wohl aber darum, daß dieses volkswirtschaftliche Gut erhalten wird, soweit die Wohnungen nach Lage und Ausstattung für die Wohnraumversorgung der breiten Schichten geeignet sind. Die gegenwärtige Situation verlangt die Neubestimmung der Wohnungspolitik, die

- von statistisch gesicherten, qualitativen Zielvorstellungen des Wohnungsbedarfs unter Berücksichtigung des Bedarfs an preisgünstigen Sozialwohnungen ausgeht und gleichzeitig regionale Schwerpunkte beachtet,

- den sozialen Wohnungsbau zugunsten besonderer Bevölkerungsgruppen intensiviert,

- das Miet- und Mietkostenrecht an den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Vertragsparteien orientiert,

- die Sanierung und Modernisierung wirkungsvoll in die Bauprogramme einbezieht,

- der Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes gleichen Rang wie der Neubauförderung einräumt,

- den Zugang zum Eigentum an der Wohnung breiten Kreisen der Bevölkerung erleichtert und verstärkt,

- die wohnungspolitischen Ziele mit denen der Städtebau- und Raumordnungspolitik in Übereinstimmung bringt

- die Wohnungspolitik sinnvoll in die gesamte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik einordnet und schließlich

- durch eine Bereinigung der gegenwärtigen Absatzkrise wieder die Investitionsbereitschaft belebt.

■ TARIFVERHANDLUNGEN

Helmut Kohl fordert Aktion „Solidarität in der Lohnpolitik“

Die Tarifverhandlungen sind in vollem Gange. Die Höhe der Abschlüsse wird einen wesentlichen Einfluß auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik haben. Der Parteivorsitzende Dr. Helmut Kohl ruft zu einer Aktion „Solidarität in der Lohnpolitik“ auf und begründet dies wie folgt:

Wir stehen heute vor der schwierigsten konjunkturpolitischen Aufgabe seit der Währungsreform von 1948. Die immer wieder angebotenen Patentrezepte zur Ankurbelung der Konjunktur, nämlich Haushaltsdefizite und Geldschöpfung, können nicht bedenkenlos angewendet werden, weil sie eher höhere Preise als höhere Produktionsmengen hervorbringen. Die Inflation ist kein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit; die Inflation hat im Gegenteil einen Teil der Arbeitslosigkeit „geboren“.

Alle Verbesserungen des konjunkturpolitischen Instrumentariums kommen allerdings zu spät, wenn die Irrtümer der Lohnrunde 1974 bei den kommenden Tarifabschlüssen wiederholt werden. Angesichts der kritischen Lage auf dem Arbeitsmarkt sollte eine Pause im Verteilungskampf eingelegt werden. In jüngster Zeit waren einige ermutigende Stimmen aus Gewerkschafts- und Unternehmerkreisen zu hören.

Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo die Verteilung des realen Zuwachses auf Löhne und Gewinne zu ei-

ner zweitrangigen Angelegenheit geworden ist. Einmal ist das reale Wachstum nur noch minimal und zum anderen ist für die Arbeitnehmer durch eine weitere Beschneidung der Gewinne nicht mehr viel zu erreichen.

Die Gewinne der Unternehmen lassen sich kaum weiter schmälern, ohne daß es zu einer Massenarbeitslosigkeit kommt. Man kann nicht mehr an Einkommen verteilen als erarbeitet wird. Wenn in einer Phase rückläufiger Wachstumsraten oder eines annähernden Null-Wachstums jeder seinen Anteil steigern will, dann gehen am Ende viele — in der Regel die sozial Schwächsten — leer aus. Genau dies ist im Jahre 1974 geschehen. Die Reallöhne stiegen um 4 v. H., obwohl die Gesamtwirtschaft nur um weniger als 1 v. H. wuchs. Die reale Lohnsteigerung wurde mit einem schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit bezahlt.

Angesichts dieser sozialen Schwierigkeiten und der drohenden Gefahr für den sozialen Frieden rufe ich zu einer Aktion „Solidarität in der Lohnpolitik“ auf. Das Ziel der Vollbeschäftigung sollte für die Tarifparteien Vorrang vor einem Verteilungskampf mit unsichtbarem Ausgang haben. Die Gewerkschaften haben eine sehr wichtige Erziehungsaufgabe zu leisten. Sie müssen ihre Mitglieder überzeugen, daß die Zeiten des raschen Wirtschaftswachstums vorbei sind.

■ ARBEITSPLATZ

Berufsanfänger dürfen nicht ohne Arbeit sein

Die verheerenden Zahlen von inzwischen fast einer Million Arbeitslosen, von über 700 000 Kurzarbeitern, und insbesondere das erschreckende Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit sind die entscheidende Folge des Streits innerhalb der Regierungskoalition von SPD und FDP, ihres völligen Versagens in der Wirtschaftspolitik und insbesondere der desolaten Schul- und Berufsbildungspolitik.

Dies stellte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), nach einer Sondersitzung der Arbeitnehmergruppe in Berlin fest. Die Arbeitnehmergruppe der Fraktion fordert daher die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit

1. die Wirtschaft und der öffentliche Dienst wieder verstärkt Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, und damit durch Schaffung neuer zusätzlicher Arbeitsplätze, für die Lohnzuschüsse gewährt werden, jugendlichen Arbeitslosen geholfen wird.

2. Die Bundesanstalt für Arbeit soll die Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes für die Stützung der beruflichen Erstausbildung, der Fort- und Weiterbildung, insbesondere in Zeiten der Arbeitslosigkeit, vor allem aber für

diese jugendlichen Arbeitnehmer einsetzen. Dort, wo sich andere Träger (Arbeitgeber, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften) zur Durchführung dieser Maßnahmen nicht finden lassen, sollte die Bundesanstalt für Arbeit von der Möglichkeit, die ihr das Arbeitsförderungsgesetz in der Durchführung eigener Maßnahmen gibt, verstärkt Gebrauch machen.

3. Alle Träger der beruflichen Bildung und der staatsbürgerlichen Bildungseinrichtungen sollten, wie es die Sozialausschüsse der CDU in ihrer Heimvolkshochschule in Königswinter angeboten haben, in den Zeiten der Arbeitslosigkeit Sonderkurse für Arbeitslose und hier wiederum für arbeitslose Jugendliche mit Vorrang veranstalten.

Die unabhängig von den monatlichen Arbeitsmarktberichten Ende September 1974 durchgeführte Sonderuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit über die Strukturanalyse der Arbeitslosen zeigt, daß die Zunahme der Arbeitslosen unter den Jugendlichen, d. h. in der Altersgruppe bis unter 20 Jahren, am ausgeprägtesten war. Ein beträchtlicher Teil dieser zum damaligen Zeitpunkt 69 800 arbeitslosen Jugendlichen waren Berufsanfänger, die von der sich laufend verschlechternden Arbeitsmarktlage überdurchschnittlich stark betroffen waren.

Diese Entwicklung, die sich nach Informationen aus den einzelnen Arbeitsamtsbezirken in den letzten Monaten noch verstärkt hat, muß jeden verantwortlichen Politiker, die Wirtschaft und die Gewerkschaften zutiefst beunruhigen. Wenn am Beginn eines Arbeitslebens Arbeitslosigkeit steht, wird der junge Mensch an dieser Gesellschaft und der gesellschaftlichen Ordnung irre.

■ KOALITION

SPD mißbraucht Amtsstempel für Propaganda

Einladungen zu einer SPD-Veranstaltung in Essen wurden durch die Stadt Essen versandt. Hierfür wurde nicht nur die ADREMA, sondern auch die Frankiermaschine benutzt. Gegen diesen Mißbrauch protestierten u. a. der CDU-Geschäftsführer Willi Kierdorf und der CDU-Ratsherr Hans Mertens.

Kierdorf hat, wie er erklärte, inzwischen erfahren, daß amtliche Briefumschläge auch der Städte Bottrop, Gelsenkirchen und Wattenscheid zum Versand von SPD-Einladungen benutzt wurden. Diese amtlichen Briefumschläge wurden durch die Frankiermaschine der Stadt Essen freigemacht und mit einem Zusatzstempel der Stadtverwaltung Essen versehen. Die CDU-Fraktionen Essens und der Nachbarstädte haben eine strenge Untersuchung gefordert.

Der Fall Geiselberger entlarvt die SPD

„Unfähig zu Konsequenzen“ überschreibt die „Süddeutsche Zeitung“ eine scharfe Kritik an dem glimpflichen Spruch der Schiedskommission des Münchner SPD-Unterbezirks in dem gegen den Linksaußen Siegmund Geiselberger angestrebten Parteiordnungsverfahren. Geiselberger ist der Mann, dem die bayerische SPD zu einem gut Teil den Verlust der Landtagswahl verdankt; dessen radikale Enteignungsforderungen auf dem Gebiet des Bodenrechts nach Meinung des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Hans Preißinger „Kernthesen“ des Kommunismus entsprechen“; der sich im Zusammen-

hang mit dem Gastarbeiterproblem für eine Zusammenarbeit der SPD mit kommunistischen Gewerkschaften einsetzte; der in der ursprünglichen Fassung eines von ihm mitgestalteten kommunalpolitischen Grundsatzpapiers eine Art Räteregierung forderte. Nur für zwei Jahre soll er der Mitgliedsrechte und Funktionen innerhalb seiner Partei, aber nur oberhalb der Ortsvereinsebene verlustig gehen. Das ist alles, wozu sich die Schiedskommission durchringen konnte. Durch diese Entscheidung kann Geiselberger, gestützt auf sein von dem Schiedsspruch nicht betroffenen Stadtratsmandat, in aller Ruhe bei seinem Anhang an der Basis „überwintern“. Entscheidend aber ist, daß die Schiedskommission als Begründung für ihr Urteil angibt, daß Geiselbergers Thesen gar nicht im Widerspruch zum Prinzip der SPD-Reformpolitik stünden.

Krach um Gelder für linke Studenten

Über die Förderung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und des Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen (SVI) ist es laut „Quick“ zu einer Kontroverse zwischen Familienministerin Katharina Focke (SPD) und dem SPD-Bundesvorstand gekommen. Die Ministerin hatte die Unterstützungsgelder aus dem Bundesjugendplan für beide Gruppen streichen wollen, weil sie es als erwiesen ansah, „daß SHB und SVI nicht mehr die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bieten“. Noch im letzten Jahr war die Teilnahme des SHB an den kommunistischen Weltjugendfestspielen in der DDR aus Bundesmitteln finanziert worden. Nach einer Flut von Protestschreiben vor allem von Jungsozialisten aus den SPD-Unterbezirken

hat sich der Bundesvorstand von dem Focke-Plan — dem er schon einmal inoffiziell zugestimmt hatte — wieder distanziert. Die Sache soll jetzt „neu verhandelt“ werden.

Juso-Sprecher wertet SPD-Fraktion ab

Der neu ins Amt gerufene Juso-Sprecher Gönner hat die 45 Mann starke SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag als „zu wenig aggressiv“, als „konzeptionslos“ und als „Nachhut“ der Partei abqualifiziert. Der Pressesprecher der CDU-Fraktion Kleinert pflichtete den Einwänden der Jusos bei. Die Forderung aber, so erklärte er, die SPD-Fraktion solle mehr Initiativen entwickeln, enthülle augenscheinlich, daß die Jusos — wie viele Mitarbeiter Eppers — von der Landespolitik keine Ahnung hätten. Die SPD-Fraktion tue nicht zu wenig, sondern entschieden zu viel. Dabei erschöpfe sie sich aber in „Gschaftlhuberei“.

Der Dank der SPD

1969 und 1972 trommelte Günter Grass seine Es-Pe-De-Wählerinitiativen zusammen und erhielt manchen Zulauf gerade aus Kreisen prominenter Schauspieler. Heute hört man von diesem Unternehmen kaum noch etwas, und selbst Grass hat sich vor einiger Zeit nach einem bitterbösen „Offenen Brief“ an Brandt enttäuscht zurückgezogen.

Jüngst brachte nun der „Spiegel“ einen Bericht über die Sparmaßnahmen der Fernsehanstalten: „Der freie Markt für freie Schauspieler und Regisseure schrumpft.“ Darin hieß es u. a.: „Vor allem von den Sozialdemokraten, für die viele bei den vergangenen Bundestagswahlen geworben haben, fühlen sich die Schauspieler verraten.“

Die weit über unser Land hinaus bekannte Elisabeth Flickenschildt schrieb zu diesem Bericht jetzt folgenden Leserbrief an den „Spiegel“ (wörtlich):

Ergänzend: Zu mir kamen zwei Herren wegen einer Rolle im Fernsehen. Erste Frage: „Sie sind doch auch Sympathisantin von Willy Brandt?“ Meine Frage: „Was hat das damit zu tun?“ Ich bekam die Rolle nicht und nie mehr ein Angebot. Unbegrabt.

Und Siegfried Lowitz artikuliert, was die Wahlhelfer von einst heute über die Sozis denken:

„Ich könnte mich für mein SPD-Engagement ohrfeigen.“

Dreifachstrategie linker Ideologen

Der neue Vorstand des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ hat festgestellt, daß im Gegensatz zu Hessen, wo etwa die bildungspolitische Auseinandersetzung weite Aufmerksamkeit fand, in anderen Ländern eine nicht weniger gefährliche Politik sich fast lautlos vollzieht. So kann z. B. die Politik des nordrhein-westfälischen Kultusministers Girgensohn als eine Dreifachstrategie linker Ideologen bezeichnet werden. Immer wieder neue Ideologierichtlinien im wechselnden äußeren Formen verwirren die Öffentlichkeit. Zusammen mit Schulbüchern, die teilweise Kampfschriften gegen Elternhaus und Gesellschaft sind, sollen sie die Lernstoffe verändern. Auf diese Weise werden Systemveränderer amtlich abgedeckt und verfassungstreue Lehrer gezwungen, Ideologien vorzutragen. Lehrerausbildung und Personalpolitik bewirken, daß Systemveränderer die besten Chancen erhalten, einflußreiche Stellen einzunehmen.

■ BUNDESKONGRESS

Höhere Leistungen für die Verteidigung erforderlich

Am 9. und 10. Januar veranstaltete die CDU in Koblenz einen Sicherheitspolitischen Kongreß. Er stand unter der Losung: „Mehr Sicherheit in Freiheit“. Fast 600 Teilnehmer, unter ihnen eine größere Anzahl ausländischer Militärattachés, folgten der Einladung der CDU und verhalfen durch rege Beteiligung an den Plenumsveranstaltungen sowie durch aktive Mitwirkung bei den Diskussionen der Arbeitskreise zu einem gelungenen Verlauf des Kongresses und zur Erarbeitung bemerkenswerter Arbeitsergebnisse.

Dem Kongreß war das Ziel gesetzt, die sicherheitspolitische Position der Union zu formulieren. Die Ergebnisse der Diskussionen werden Eingang finden in die sicherheitspolitische Konzeption der CDU, die gegenwärtig vom Bundesausschuß für Sicherheitspolitik der CDU in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages erstellt wird.

In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des Bundesausschusses für Sicherheitspolitik der CDU, Egon Klepsch, darauf hin, daß zu den Referenten des Kongresses auch nicht-parteiliche Fachleute zählten, deren Sachbeiträge die CDU erbeten hatte. Dr. Klepsch definierte in seiner Einleitung den Begriff Sicherheitspolitik

und wies auf die Vielgestaltigkeit der Bedrohung unserer Sicherheit in der Gegenwart hin. Er forderte als angemessene Reaktion darauf den Ausbau unserer Verteidigungsanstrengungen und die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Hauptredner des Kongresses waren der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Wörner.

Dr. Kohl betonte die Bereitschaft der Union, jede Chance zu nutzen, um die Verständigung mit den Staaten des Warschauer Paktes zu fördern. Mit Nachdruck lehnte der Parteivorsitzende jedoch ab, sich die Bedingungen dafür diktieren zu lassen. Helmut Kohl nannte die neuen Dimensionen der Sicherheit und der Bedrohung. Er verwies auf die überdimensionierte Rüstung der Staaten des Warschauer Paktes, die das militärische Ungleichgewicht ständig zu Ungunsten des Westens verändert, und auf die Verschärfung der ideologischen Konfrontation.

Als Antwort darauf forderte der CDU-Vorsitzende eine enge Partnerschaft insbesondere mit den USA und eine flexible Arbeitseinteilung im Bündnis. Er versprach, für eine kontinuierliche Steigerung des Verteidigungshaushalts einzutreten und versicherte, eine von der CDU/CSU gebildete Bundesregierung werde die Verteidigung den Staatsaufgaben zuordnen, die Priorität genießen.

Helmut Kohl verwies auf den Wettbewerb zwischen dem freiheitlich-demokratischen und dem sozialistischen Gesellschaftssystem und betonte unter großem Beifall die Verteidigungswürdigkeit unserer Ordnung auch für den Fall, daß sich die ökonomische Leistungskraft vorübergehend vermindere. Er forderte die Deutschen auf, durch Reisen in die DDR die Kontakte zu unseren Landsleuten auszubauen und zu vertiefen.

Europäische Verteidigungsunion

Dr. Wörner als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion verwies in seinem Referat ebenfalls auf die steigende Bedrohung und forderte die Erneuerung der atlantischen Allianz, insbesondere ein solidarisches Verhältnis zu den USA, die Erhaltung der nuklearen Abschreckung und eine geistig offensive Verteidigung unserer Ordnung. Wörner nannte als Ziel der Union die Bildung einer europäischen Verteidigungsunion innerhalb der atlantischen Allianz.

Die Teilnehmer des Kongresses diskutierten in vier Arbeitskreisen. Unter der Leitung von Dr. Alois Mertes MdB befaßte sich der Arbeitskreis I (Bedrohung — Entspannung — Sicherheit) mit der ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Konfrontation zwischen Ost und West, den SALT-Verhandlungen, der Strategie der NATO-Allianz sowie dem Verlauf und den Ergebnissen der KSZE- und MBFR-Verhandlungen. Es referierten Dr. Werner Marx MdB und Konteradmiral a. D. Günter Poser.

Den Arbeitskreis II leitete Frau Irma Tübler MdB, als Referenten sprachen General a. D. Ulrich de Maiziere und Professor Roman Herzog. Unter dem Thema Verteidigungsbereitschaft und

Wehrpflicht diskutierten die Teilnehmer über die Probleme Wehrpflicht- oder Berufsarmee, Verteidigungswille im demokratischen Staat, Wehrgerechtigkeit, Wehrdienst und Ersatzdienst.

Brigadegeneral a. D. Heinz Karst leitete den Arbeitskreis II unter dem Thema Einsatzbereitschaft und Reform der Streitkräfte. Mit den Referenten General a. D. Jürgen Bennecke und Leo Ernesti MdB diskutierten die Kongreßteilnehmer über Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr, über die Reform der Kommandostruktur und über die Verfügungsbereitschaft.

Der Arbeitskreis IV unter der Leitung von Dr. Walter Wallmann MdB behandelte Organisationsmodelle einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigung und das Verhältnis einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft zur atlantischen Allianz unter dem Generalthema Westeuropäische Sicherheitspolitik. Es referierte Dr. Jürgen Schwarz.

Die Plenumsdiskussion des zweiten Tages des Kongresses bot den Teilnehmern die Gelegenheit, mit einer Reihe Verteidigungsexperten der CDU alle sicherheitspolitisch relevanten Themen zu erörtern.

Den Abschluß des Kongresses bildete die Rede des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Kai-Uwe von Hassel. Von Hassel faßte in eindrucksvoller Weise die Ergebnisse des Kongresses zusammen und formulierte Forderungen für eine künftige Sicherheitspolitik der CDU.

Der Wortlaut der vor dem Plenum gehaltenen Reden von Dr. Kohl, Dr. Wörner und von Hassel sowie die Ergebnisse der Arbeitskreise werden von der CDU zu einer Broschüre zusammengefaßt und veröffentlicht.

■ PARTEIFINANZEN

Höhere Anforderungen erfordern höhere Leistungen

Der Vorschlag des Bundesfinanz-
ausschusses vom 29. November 1974
für eine neue Beitragsordnung hat
überall in der Partei eine lebhafte
Diskussion ausgelöst. Schatzmeister
Walther Leisler Kiep zieht folgende
Zwischenbilanz:

Die Diskussion war mein Ziel; denn im Gegensatz zu der bisherigen Praxis war ich und bin ich der Meinung, daß Parteitagebeschlüsse über Beitragsordnung und Beitragshöhe einer gründlichen Vorbereitung bedürfen. Dazu gehört für mich auch, daß jedes einzelne Mitglied die Möglichkeit haben muß, dem Bundesschatzmeister unmittelbar seine Meinung zu sagen.

Die zahlreichen persönlichen Briefe, die ich nach meinem Aufruf in der letzten Ausgabe des „Deutschen Monatsblattes“ erhalten habe, zeigen mir, wie sehr ich damit recht hatte. Das ist für meine Kollegen im Bundesfinanzausschuß und mich eine ganz besondere Freude.

Sie wissen aus meinem Diskussionsbeitrag vor dem Bundesausschuß unserer Partei am 9. 12., aus der Veröffentlichung in „Ud“ und im „Deutschen Monatsblatt“ wie auch aus meinen Briefen an die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Kreisverbände, Landesverbände und Vereinigungen, wie sehr für uns alle in den Finanzgremien der Partei, im Bundesvorstand und im Präsi-

dium — nicht zuletzt aber auch für mich als Bundesschatzmeister — der politische Gehalt unserer Finanzierungsarbeit in zunehmendem Maße an Bedeutung gewonnen hat und für uns heute ein zentrales Problem geworden ist.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist er mit der Diskussion in der Presse über die kürzlich veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Partei für 1973 recht eindrücklich geliefert worden.

Über Einzelheiten dieser Rechenschaftsberichte könnte man lange diskutieren; ebenso auch über die Frage — wenn man sie stellen würde —, ob das Parteiengesetz in seinem Abschnitt „Rechenschaftslegung“ alle Ziele und Erwartungen erfüllt hat. In beiden Fragen sind unterschiedliche Auffassungen und Wertungen sehr wohl möglich; wir konnten das in den letzten Tagen gelegentlich in der Presse feststellen.

Vorbereitung für 1976 von entscheidender Bedeutung

Wir haben aber nicht die Zeit, diese Diskussion aufzugreifen und fortzusetzen. Wir alle müssen an das denken, was in den nächsten Wochen und Monaten vor uns liegt — und müssen vor allem daran denken, daß das, was in diesem Jahre von uns verlangt wird, vor allem auch als Vorbereitung für 1976 von entscheidender Bedeutung ist. Landtagswahlen, Bundestagswahl und alle

andere politische Arbeit muß finanziert werden. Höhere Anforderungen an unsere Arbeit können nur gestellt werden, wenn wir auch selbst zu höheren Leistungen bereit sind.

Dazu gehört auch: Wir müssen gemeinsam allen vorgefaßten und vorgefertigten Meinungen über die Finanzen der CDU tatkräftig entgegentreten; so wie die Dinge hier liegen, heißt das, daß wir gemeinsam für neue Ausgangsdaten sorgen und dementsprechend die Finanzierungsstruktur der gesamten Partei ändern müssen. Das geht nur über ein größeres finanzielles Engagement aller unserer Mitglieder. Dabei kann es keinen Zweifel mehr darüber geben, daß es zwischen dem politischen Engagement und der Bereitschaft zu höheren finanziellen Leistungen und Opfern für die Partei — dort wo sie möglich sind — einen sehr engen Zusammenhang gibt

Die Frage nach dem politischen Engagement

Wer nicht bereit ist, für seine Mitgliedschaft in der CDU monatlich mehr als z. B. den Gegenwert von 1½ Packungen Zigaretten oder einer halben Kinokarte aufzubringen, muß sich — wenn er wesentlich mehr leisten könnte — die Frage nach der Aufrichtigkeit seines politischen Engagements gefallen lassen. In allen Begleitkommentaren zum Rechenschaftsbericht und über die Finanzierung der CDU in der jüngsten und fernerer Vergangenheit hat diese Frage unausgesprochen eine Rolle gespielt. Es ist an der Zeit, daß wir sie uns selbst stellen und vor allem: daß wir sie mit der gebotenen Ernsthaftigkeit in unsere Überlegungen über eine neue Beitragsordnung mit einbeziehen. Das ist meine sehr herzliche Bitte.

Es ist mir aber auch ein besonderes Anliegen, allen denen ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen, für die der Mitgliedsbeitrag an die CDU schon immer ein finanzielles Opfer gewesen ist. Ich weiß, daß das für viele Mitglieder zu trifft.

Beitragshöhe und Leistungsvermögen

Gerade deren Beispiel — meine ich — rechtfertigt und verlangt es, daß wir die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Beitragshöhe und dem individuellen Leistungsvermögen generell stellen. Das geschieht mit unserem Vorschlag für die neue Beitragsordnung, ohne daß deshalb die berechtigten Interessen der Freunde, für die eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages nicht vertretbar ist, vernachlässigt worden wären.

■ TERMINE

- 3. 2. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 3. 2. **LV Berlin, Wahlkampfereöffnung, Berlin**
- 14. 2. **KPV — Bund, Bundestagung „Kommunale Finanzen“**
- 14./15. 2. **CDU — Bund, Bundesausschuß für Sicherheitspolitik**
- 15./16. 2. **JU — Bund, Bundesvorstand/Deutschlandrat, Saarbrücken**
- 21. 2. **LV Berlin, Landesvorstand**
- 21. 2. **LV Berlin, Landesausschuß**
- 21./23. 2. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, 9. Delegiertentag, Dortmund**
- 24. 2. **CDU — Bund, Klausurtagung des Bundesvorstandes, Wesseling/Eichholz**

■ PARTEIARBEIT

„Diesen miesen Wahlkampfstil machen wir nicht mit“

Sechs Landtagswahlen finden in diesem Jahr statt. Allein bis Mai entscheiden die Wähler in fünf Bundesländern, wem sie ihr Vertrauen schenken wollen. Es gilt deutlich zu machen, daß die CDU die einzige Alternative zur SPD/FDP-Koalition ist.

Ihre Aktionen tragen dazu bei. Berichten Sie der Bundesgeschäftsstelle Abteilung Öffentlichkeitsarbeit darüber, damit beispielhafte Initiativen auch anderen CDU-Kreis- und Ortsverbänden bekannt werden.

Junge Union für fairen Wahlkampf

Gegen die Vergiftung des politischen Klimas durch den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn hat sich die Junge Union Sundern gewandt.

Wenn die SPD nicht an der Regierung bleibe, so hatte Kühn unlängst auf einem SPD-Parteitag in Oberhausen gemeint, werde die Bundesrepublik bald unregierbar.

In einem Flugblatt, von dem 2000 Exemplare verteilt wurden, fragt die Junge Union:

„Wer hat eigentlich 20 Jahre lang diesen Staat nicht nur geformt, sondern ihn auch getragen?“

Hält Kühn alle Wähler, die CDU oder CSU gewählt haben, für Dummköpfe? Diesen miesen Wahlkampfstil machen wir nicht mit. Wir kämpfen mit fairen Mitteln und sachlichen Argumenten.

Wer sich und seine Partei so über den grünen Klee lobt, wie Herr Kühn das getan hat, und die CDU/CSU verteufelt, gehört nicht in eine Regierungsverantwortung.

Schließlich hat es die SPD/FDP-Koalition fertiggebracht, die während CDU-Regierungen entstandene führende wirtschaftliche Rolle Nordrhein-Westfalens unter den Bundesländern zu verspielen.“

Junge Union, 5768 Sundern (Sauerland), Hauptstraße 104.

Büchersammlung

Schauen Sie bitte einmal nach, ob Sie das eine oder andere Buch entbehren können. Dabei kann es sich um Romane, Erzählungen, Kriminalromane u. ä. handeln ... , bat Gisela Karsen, die Vorsitzende des Ortsverbandes Kreuztal, die CDU-Mitglieder. Sie konnten Bücher entbehren. Über 200 gut erhaltene Exemplare wurden dem Senioren-Zentrum übergeben.

Ortsverband Kreuztal, 591 Kreuztal-Krombach, Unter der Hohen Fuhr 35

ZITAT

Das neue Gespenst

Nicht die neue Spitze der Arbeitslosenzahlen ist das Alarmierende. 24 Beschäftigte — um es simpel zu sagen — können einen Arbeitslosen mittragen. Demzufolge kann bei einer Beschäftigungszahl von ca. 24 Millionen die neue Quote mit 950 000 Arbeitslosen keine Unheilsbotschaft sein. Sie ist zu verkraften. Das neue Gespenst offenbart sich jedoch in der Tatsache eines ständigen und offenbar bereits verfestigten hohen Sockels von Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit als Dauerzustand hat sich nach langen krisenlosen Jahren wieder als fester Bestandteil unserer Wirtschaft eingebürgert. Arbeitslosigkeit ist keine Ausnahme mehr, nicht mehr zufälliges Unglück, sondern wieder Element des Konjunkturablaufs.

Für 1975 wird die durchschnittliche Arbeitslosigkeit noch höher als im letzten Jahr liegen. Im nächsten Monat wird es klar über die Millionengrenze hinausgehen, für den Februar ist eine Ziffer von fünf Viertel Millionen Stemplern wahrscheinlich. Mindestens 700 000 Arbeitslose, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen, sind als konstante Jahresgröße in Rechnung zu stellen. Es ist die Frage, ob dieser grundlegende wirtschaftlich und politische Wechsel bereits vom Bewußtsein der Öffentlichkeit begriffen oder gar schon verarbeitet worden ist: die Rezession nicht als vorübergehende Schrecksekunde, sondern

Anschrift:

als bleibende Hypothek für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Leider tut die Regierung immer noch so, als ob bereits bei der nächsten Apfelbaumblüte die rasche Rückkehr in das volle Glück der sechziger Jahre einsetzen werde, als ob die Märchenzeit von ehemals in einen unendlichen Fortsetzungsroman übergehen werde. So werden Illusionen aufrechterhalten und der notwendige Bewußtseinswandel mit der Schlußfolgerung schneller Anpassung an die neuen Gegebenheiten hinausgezögert. Es zählt beispielsweise zu diesen Trugschlüssen, auf einen neuen Autofrühling wie nach altem Muster zu hoffen und volle Belegschaften bei einem Absatz-Minus von zwanzig Prozent durchhalten zu können.

Der Bundeskanzler hat jüngst einen schüchternen Versuch der Tendenzbeschreibung mit dem Hinweis gemacht, man solle froh sein, wenn die Aufrechterhaltung des bisherigen Verdienststatus und des erreichten Lebensstandards überhaupt möglich sei. Jetzt wird ihm anhand der neuen Zahlen wohl mehr geglaubt werden. Was vor wenigen Monaten noch als Panikmache oder Opposition abgetan wurde, ist nun leider bittere Wirklichkeit.

Frankfurter Neue Presse, 10. 1. 1975

Ud

Union in Deutschland. — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.